

Berlin, 14. September 2017

**Herausgeber:**

Bundesverband Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A  
10117 Berlin

www.bga.de

**Autor:**

Referentin  
Verkehr und Logistik

## **Verkehr & Logistik BGA-Stellungnahme:**

### **Stellungnahme zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes**

#### **1. Vorbemerkung**

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA) dankt dafür, Stellung zu dem Gesetzesentwurf nehmen zu dürfen. Als Spitzenorganisation des Groß- und Außenhandels und der unternehmensnahen Dienstleister vertritt er die Interessen von 125.000 Handels- und Dienstleistungsunternehmen in Deutschland.

Wir weisen darauf hin, dass wir -als Verband- bei der Kommentierung von Gesetzesentwürfen üblicherweise unsere Gremien einbeziehen müssen. Dies ist nur schwerlich möglich, wenn uns hierfür nur ein Tag zur Verfügung steht. Nichtsdestotrotz möchten wir die Möglichkeit nutzen und zum Gesetzesentwurf Stellung nehmen.

#### **2. Stellungnahme**

Der BGA unterstützt grundsätzlich den Wechsel von einer steuer- zu einer nutzerfinanzierten Infrastrukturpolitik. Allerdings darf dieser Systemwechsel nicht dazu führen, dass sich der Staat der Letztverantwortung entzieht. Die Schaffung und Erhaltung einer funktionsfähigen Verkehrsinfrastruktur ist und bleibt öffentliche Daseinsvorsorge. Wenn die mautbedingten Einnahmen nicht ausreichen, um wichtige Infrastrukturprojekte zu finanzieren, dann müssen dafür auch künftig Steuermittel zur Verfügung stehen.

Nicht nur der Straßengüterverkehr, auch der PKW- Verkehr muss seinen Anteil zur Instandhaltung und Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur leisten.

Allerdings erschließen sich uns die Berechnungen zu den mautbedingten Mehreinnahmen nicht. Bei den Parametern der Mautberechnungen gibt es erhebliche Unsicherheiten, der Verwaltungsmehraufwand dürfte erheblich sein, somit dürften die tatsächlichen Mehreinnahmen weit unter den veranschlagten liegen.

Die Einführung von ökologischen Komponenten halten wir für schwierig, auch wenn wir die damit beabsichtigte Lenkungswirkung nachvollziehen können. Die Spreizung der Mautsätze schafft einen Kaufanreiz für emissionsarme Fahrzeuge. Jedoch entzieht die flächendeckende Umrüstung auf emissionsarme Fahrzeuge der PKW- Maut ihre Finanzierungsbasis. Zur Sicherung dieser Finanzierungsbasis wird es Anpassungen der Mautbeiträge geben müssen oder die Anforderungen an die einzelnen Schadstoffklassen werden verschärft. Derartige Unsicherheiten sind nicht zumutbar. Unsere Unternehmer und Unternehmerinnen brauchen Investitions- und Planungssicherheit.